



In case of reproduction, please mention source (ITF) • En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) • Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) • Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 11

November 1971

INHALT

Seite

Neues aus der ITF

Tornado-Katastrophe: ITF bekundet Anteilnahme mit indischer Bevölkerung	102
ITF-Ausschuss über die Sicherheit der Fischer nimmt Stellung zum geplanten Teil B der Internationalen Sicherheitsrichtlinien für Fischer u. Fischereifahrzeuge	102
ITF unterstützt Besatzung des griechischen Schiffes "ANTONIS"	103
ITF verurteilt polizeiliche Unterdrückungsmassnahmen gegen streikende spanische Arbeiter	104

Gewerkschaften

Internationaler Metallarbeiterbund (IMB) fordert gemeinsame Massnahmen gegen multinationale Unternehmen	105
Israel: Seeleute-Kongress fordert bessere Bedingungen und Sicherheit an Bord	105
Kanadische Eisenbahnergewerkschaft plädiert für Veröffentlichung der Ergebnisse von Untersuchungen von Eisenbahnunglücken	106

Aus der Welt der Arbeit

Australien: Hafenarbeiter fordern höhere Löhne	106
Deutschland: OeTV schliesst neuen Rahmentarifvertrag für Seehafenarbeiter ab	107
Frankreich: Arbeitsplätze des BEA-Personals von Le Bourget gefährdet	107
Schiffsoffiziere verstärken Kampfmassnahmen in Unterstützung ihrer Forderung auf höhere Heuer	108
Grossbritannien: Strassentransportarbeiter fordern höheren Mindestlohn	108
Italien: Selektive Arbeitsniederlegung in der Hafenwirtschaft	108
Norwegen: Geplante Gesetzgebung sieht obligatorische Bildung von Betriebsräten vor	109
Schiedsgericht wird über Lohnforderung des norwegischen FS-Kontrollpersonals entscheiden	109
USA: Beachtliche Lohnerhöhungen für Eisenbahn-Werkstättenpersonal	110
Streik der Hafenarbeiter an der Ost- und Golfküste dauert an	110

PERSONALIEN

110/111

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

111

NEUES AUS DER ITF

Tornado-Katastrophe: ITF bekundet Anteilnahme mit indischer Bevölkerung

Die ITF hat zufolge der verheerenden Tornado-Katastrophe im indischen Küstenstaat Orissa folgendes Telegramm an den indischen Präsidenten Giri entsandt: "Die Internationale Transportarbeiter-Föderation bekundet ihre aufrichtige Anteilnahme mit der leidenden Bevölkerung des Staates Orissa."

Durch diese Katastrophe verloren Tausende von Menschen ihr Leben.

ITF-Ausschuss über die Sicherheit der Fischer nimmt Stellung zum geplanten Teil B der Internationalen Sicherheitsrichtlinien für Fischer und Fischereifahrzeuge

Am 26. und 27. Oktober tagte in Utrecht der ITF-Ausschuss über die Sicherheit der Fischer, um die Stellungnahme der Arbeitnehmer zu den von der IMCO, IAO und FAO geplanten Teil B der Internationalen Sicherheitsrichtlinien für Fischer und Fischereifahrzeuge vorzubereiten. Im Jahre 1973 sollen diese Richtlinien auf einer gemeinsamen IAO/IMCO/FAO-Konferenz gutgeheissen werden. Die der ITF angeschlossenen Gewerkschaften der Fischer werden Teil der IAO-Gruppe auf dieser Konferenz bilden. An der genannten Sitzung des Sicherheitsausschusses nahmen 9 Delegierte aus 5 der 7 im Ausschuss vertretenen Länder teil. Den Vorsitz führte H. Rake (OeTV, Deutschland) Vorsitzender der ITF-Sektion der Fischer. Das Internationale Arbeitsamt und der Gewerkschaftliche Verkehrsausschuss der Gemeinschaft (Brüsseler Ausschuss) waren durch Beobachter vertreten. A. Selander (Sektionssekretär) vertrat das ITF-Sekretariat.

Gestützt auf die von der IMCO erstellten Kapitel des Teiles B behandelte der Ausschuss allgemeine Vorschriften über den Schutz der Besatzung und die an Bord befindlichen Navigationsgeräte. In diesem Zusammenhang wurden mehrere Abänderungen und zusätzliche Texte vorgeschlagen. Ferner wurden Sachverständige von ITF-Mitgliedsverbänden gebeten, sich in Vorbereitung für eine spätere endgültige Stellungnahme seitens des Ausschusses mit bestimmten technischen Aspekten der Richtlinien zu befassen. Der Ausschuss beschloss, dass der vorliegende IMCO-Entwurf durch zusätzliche Bestimmungen über die Beleuchtung der Unterkunftsräume und Arbeitsplätze, den Schutz gegen Lärm, die ärztliche Betreuung an Bord, den sicheren Zugang zum Schiff und

zum Hafen, sanitäre Einrichtungen, Besatzung und Ausbildung erweitert werden sollte. Auf seiner nächsten Sitzung wird sich der Ausschuss mit den Kapiteln über Unterkunftsräume, Funkverbindungsgeräte und Enteisungsanlagen befassen.

Im Rahmen der Sitzung hatten die Mitglieder des Ausschusses Gelegenheit, ein Fischerei-Forschungsinstitut in Ijmuiden zu besichtigen und mehrere äusserst aufschlussreiche Referate über den Schutz des Fischbestandes in der Nordsee zu hören.

ITF unterstützt Besatzung des griechischen Schiffes "ANTONIS"

Im August dieses Jahres ersuchten die Mitglieder der Besatzung des im Hafen von Genua liegenden griechischen Schiffes "ANTONIS" den Kollegen F. Giorgi von dem der ITF angeschlossenen Italienischen Seeleuterverband (FILM) um Unterstützung. Kollege Giorgi begab sich an Bord des im Besitz der Margarencia Shipping Company stehenden Schiffes, um eine persönliche Inspektion vorzunehmen. Er stellte fest, dass das Schiff äusserst reparaturbedürftig war, dass mehrere Besatzungsmitglieder mittellos waren, und es ausserdem an Verpflegung mangelte. Zwei Besatzungsmitglieder waren krank, und die Heuer der nicht-griechischen Besatzungsmitglieder war weitaus niedriger als im griechischen Kollektivvertrag vorgesehen ist.

Kollege Giorgi leitete die Beschwerden der Besatzung an den griechischen Konsul weiter, der jedoch nicht bereit war, Hilfe zu leisten. Da bestimmte Besatzungsmitglieder abzuheuern wünschten, beantragte Kollege Giorgi den Erlass einer gerichtlichen Verfügung, der zufolge das Schiff den Hafen von Genua nicht verlassen konnte, solange diesen Besatzungsmitgliedern die ihnen zustehende Heuer nicht gezahlt worden war. Die für die Abfertigung des Schiffes zuständigen Hafentarbeiter erklärten sich bereit, das Schiff bis zum Zeitpunkt des Erlasses einer solchen Verfügung zu bestreiken.

Aufgrund dieser Massnahmen erklärten sich die Reeder der "ANTONIS" am Ende bereit, die Heimbeförderungskosten der abheuernden Besatzungsmitglieder zu tragen. Einige dieser machten von diesem Angebot Gebrauch, andere heuerten auf neuen Schiffen im Hafen von Genua an. Es besteht nunmehr die Möglichkeit, dass der zuständige Gerichtshof eine Auktionsverfügung erlassen wird, damit den übrigen Besatzungsmitgliedern die noch ausstehende Heuer nachgezahlt werden kann.

ITF verurteilt polizeiliche Unterdrückungsmassnahmen gegen streikende spanische Arbeiter

Während der letzten Wochen haben Arbeiter in vielen Teilen Spaniens in Unterstützung ihrer Forderungen auf bessere Löhne und Arbeitsbedingungen Streikmassnahmen ergriffen. Diese Streikwelle begann mit einem Streik der Bauarbeiter von Madrid gegen Ende September dieses Jahres,⁺) und hat sich nunmehr auf den Bergbau, die Autoindustrie und die öffentlichen Autobusbetriebe mehrerer Städte ausgedehnt. Die spanischen Behörden griffen daraufhin zu Gewaltmassnahmen, um eine Wiederaufnahme der Arbeit zu erzwingen. Die Polizei schoss auf streikende Arbeiter. Zwei Arbeiter wurden tödlich verletzt und viele andere erlitten schwere Schusswunden. Darüberhinaus wurden Hunderte von Arbeitern entlassen und Dutzende verhaftet. Die letzteren sind einer aggressiven Haltung gegenüber der Polizei beschuldigt worden. In Anbetracht der ernsten Lage der spanischen Arbeiter hat der Vorstand des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) auf seiner Sitzung im Oktober dieses Jahres in einer Entschliessung von dem brutalen Vorgehen der spanischen Polizei mit grosser Bestürzung Kenntnis genommen; die sofortige Freilassung der verhafteten Arbeiter gefordert; beantragt, dass der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes die spanische Regierung vor den ernsten Folgen derartig willkürlicher antigewerkschaftlicher Unterdrückungsmassnahmen warne, und dass die ungerechterweise entlassenen Arbeiter unverzüglich wieder in das Arbeitsleben eingegliedert werden sollten. Ferner werden die spanischen Behörden aufgefordert, sofort eine Untersuchung gegen die für den Schussbefehl verantwortlichen Personen einzuleiten. Den streikenden Metallarbeitern von Barcelona, den Bauarbeitern von Madrid, den Bergarbeitern von Asturien sowie allen spanischen Arbeitern und auch dem spanischen Volk versichert der IBFG die uneingeschränkte Solidarität der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung sowie seine materielle und moralische Unterstützung in ihrem Kampf um die Wiederherstellung der grundlegenden Gewerkschaftsrechte in Spanien, einschliesslich der freien Ausübung des Streikrechts.

In einem Telegramm an den spanischen Arbeitsminister hat die ITF das Vorgehen der Polizei und den Gebrauch von Schusswaffen gegen streikende Arbeiter mit aller Stärke verurteilt.

Ferner wurde das spanische Regime aufgefordert, den spanischen Arbeitern unverzüglich alle Rechte einzuräumen, auf die die Arbeiter anderer zivilisierter Länder Anspruch haben.

⁺) Siehe ITF-Nachrichten Nr. 10, Seite 92.

GEWERKSCHAFTEN

INTERNATIONALES

Internationaler Metallarbeiterbund (IMB) fordert gemeinsame Massnahmen gegen multinationale Unternehmen

Der Internationale Metallarbeiterbund hat auf seinem 22. Kongress in Lausanne eine Entschliessung angenommen, in der die IMB-Mitgliedsverbände aufgefordert werden, im Interesse gemeinsamer Gewerkschaftsaktionen gegen multinationale Unternehmen einen Teil ihrer Autonomie zu opfern. In der Entschliessung wird festgestellt, dass die Macht der nationalen Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen derartig grosse Unternehmen dadurch geschwächt wird, dass diese Unternehmen nicht von dem Gewinn, den sie in diesem oder jenen Land erzielen, abhängig sind. Der Metallarbeiterbund müsse daher es sich zur Aufgabe machen, gemeinsame Aktionen der ihm angeschlossenen Gewerkschaften der Metallarbeiter zu koordinieren.

ISRAEL

Seeleute-Kongress fordert bessere Bedingungen und Sicherheit an Bord

Der vorigen Monat in Haifa tagende Kongress des der ITF angeschlossenen Seeleuteverbandes hat in einer Kongressentschliessung das mangelhafte Sicherheits- und Unterkunfts-niveau verschiedener Schiffe verurteilt, die vor kurzem in den Besitz israelischer Reeder übergegangen sind. Das Verbandssekretariat wurde beauftragt, seinen Einfluss geltend zu machen, um das Auslaufen der Schiffe in ihrem jetzigen Zustand zu verhindern. Ferner ersuchte der Kongress die israelische Regierung, den Erlass einer neuen Schiffahrtsgesetzgebung zu beschleunigen, die vorsieht, dass die Besatzungen israelischer Schiffe aus israelischen Seeleuten bestehen sollten, wobei die Erfüllung dieser Forderung an eine bestimmte Frist zu binden wäre.

Zur Frage der Schattenflaggen ermächtigte der Kongress das Sekretariat, den Kampf gegen Schattenflaggenreeder mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und im Einklang mit der diesbezüglichen Politik der ITF fortzuführen.

KANADA

Kanadische Eisenbahnergewerkschaft plädiert für Veröffentlichung der Ergebnisse von Untersuchungen von Eisenbahnunglücken

Auf einer kürzlichen Anhörsitzung der kanadischen Transportkommission über Aspekte der Sicherheit der kanadischen Eisenbahnen hat die der ITF angeschlossene Canadian Railway Labour Association (CRLA) Beweise für ihre Behauptung angeführt, dass bestimmte Paragraphen der Eisenbahngesetzgebung, die die Veröffentlichung der Ergebnisse von Unfalluntersuchungen verbieten, nicht mit der Verfassung des Landes vereinbar sind. Ein Vertreter der CRLA erklärte, dass Berichte über Schiffsunfälle und Flugzeugunglücke laufend veröffentlicht würden, wogegen Berichte über das Ergebnis offizieller Untersuchungen von Eisenbahnunglücken als "geheim" bzw. vertraulich behandelt würden. Er fügte hinzu, dass die kanadische Transportkommission keine verfassungsmässige Rechte habe, der Öffentlichkeit derartig wichtige Informationen vorzuenthalten.

Die Vertreter der zwei grossen kanadischen Eisenbahn-Gesellschaften CPR und CNR erklärten, dass die jetzige Gesetzgebung in jeder Hinsicht befriedigend sei, da sie es dem Urteil der Eisenbahnverwaltung überlasse, solche Berichte öffentlich zu verlautbaren oder nicht. Die CRLA war von den Argumenten der Eisenbahnverwaltung nicht beeindruckt und beabsichtigt nunmehr, diesen Streitfall dem Obersten Gerichtshof Kanadas zu unterbreiten.

AUS DER WELT DER ARBEIT

AUSTRALIEN

Hafenarbeiter fordern höhere Löhne

Die der ITF angeschlossene Waterside Workers' Federation of Australia hat im Namen ihrer 18.000 Mitglieder eine beachtliche Lohnerhöhung (um ungefähr 49%) gefordert. Diese Forderung stützt sich auf den Anstieg der Lebenshaltungskosten und die voraussichtliche Produktivitätssteigerung in der Hafenwirtschaft. Ferner wurde die Verlängerung des Urlaubs von 4 auf 6 Wochen gefordert sowie die Gewährung von 15 Tagen Krankurlaub pro Jahr (bisher 7 Tage).

DEUTSCHLAND

OeTV schliesst neuen Rahmentarifvertrag für Seehafenarbeiter ab

Die der ITF angeschlossene deutsche Gewerkschaft OeTV hat für die über 30.000 in deutschen Seehäfen beschäftigten Arbeiter einen neuen Rahmentarifvertrag ausgehandelt, der folgende Verbesserungen vorsieht:

- Erhöhung des Stundengrundlohnes um 7,6% ab 1. November 1971 (das bedeutet im Falle eines gewöhnlichen Hafentarbeiters eine Erhöhung von DM 6,16 auf DM 6,63 und im Falle der Funktionäre von DM 6,96 auf DM 7,49);
- Erhöhung der Stundengrundlöhne der Winsch- und Deckleute um 6,5%;
- Umstellung des Urlaubs von Werktagen auf Arbeitstage, sodass sich der Mindesturlaub von bisher 15 auf 18 Tage erhöht und der Höchsturlaub (25 Tage) bereits nach 10 Jahren (bisher nach 15 Jahren) erreicht wird;
- Verbesserung der Vorschriften über die Lohnfortzahlung für neu eingestellte Hafentarbeiter und Verlängerung der Kündigungsfrist.

Die an Seehafenarbeiter zu zahlenden vermögenswirksamen Leistungen belaufen sich ab 1973 auf jährlich DM 156, ab 1974 auf DM 240 und ab 1975 auf DM 312.

Ferner wurden sich die Tarifpartner einig, auch die Gehälter der Angestellten der deutschen Seehafenbetriebe rückwirkend ab 1. November 1971 zu erhöhen. Infolgedessen werden die auf Bezirksebene abgeschlossenen Gehaltstarifverträge in Kürze auf die Ergebnisse der Lohnstarifverhandlungen abgestimmt werden.

FRANKREICH

Arbeitsplätze des BEA-Personals von Le Bourget gefährdet

Die Abteilung Zivilluftfahrt der der ITF angeschlossenen Französischen Föderation der Arbeitnehmer im Transport und in den öffentlichen Diensten (FO) teilt uns mit, dass das ihr angehörende im Flughafen Le Bourget beschäftigte BEA-Personal Gefahr läuft, seine Arbeitsplätze zu verlieren, weil die britische Regierung beschlossen hat, die Tätigkeit der BEA-Servicestelle in Paris der britischen Luftfahrtsgesellschaft British Caledonian zu übertragen.

Der genannte Mitgliedsverband ist über diese Gefährdung der Arbeitsplätze seiner Mitglieder äusserst besorgt und hat in einer scharf abgefassten Entschliessung gegen diese Uebertragung von BEA-Diensten an eine Privatfluggesellschaft Einspruch erhoben. In der Entschliessung wird ferner beantragt, dass die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf diese Verletzung des grundlegenden Rechtes auf Arbeit gelenkt werden sollte. Die ITF hat der Föderation mitgeteilt, dass sie und die ihr angeschlossenen Gewerkschaften des Zivilluftfahrtpersonals bereit sind, das Pariser BEA-Personal in seinem Kampf um die Wahrung seiner Arbeitsplätze zu unterstützen.

Schiffsoffiziere verstärken Kampfmassnahmen in Unterstützung ihrer Forderung auf höhere Heuern

Die Mitglieder des der ITF angeschlossenen Französischen Schiffsoffiziersverbandes werden am 20. Oktober in Unterstützung ihrer Forderung auf bessere Heuern und Arbeitsbedingungen das Auslaufen französischer Schiffe aus französischen Häfen um 6 Tage (anstatt um 4 Tage wie bisher) verzögern.

GROSSBRITANNIEN

Strassentransportarbeiter fordern höheren Mindestlohn

Die der ITF angeschlossene Britische Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) hat im Namen von 200.000 im britischen Strassentransport beschäftigten Mitgliedern eine Erhöhung des Mindestwochenlohnes um £ 3,50 auf £ 20,00 für eine 40-Stunden-Woche gefordert. Gleichzeitig wurde eine Erhöhung des Uebernachtungsgeldes von £ 1,25 auf £ 2,75 beantragt.

ITALIEN

Selektive Arbeitsniederlegung in der Hafenwirtschaft

Die in den verschiedenen italienischen Häfen beschäftigten Arbeiter führen zur Zeit selektive 24-stündige Proteststreiks durch, um die Arbeitnehmer zum Abschluss eines für alle italienischen Häfen geltenden Kollektivvertrages über Löhne und Arbeitsbedingungen der Hafentarbeiter zu zwingen.

NORWEGEN

Geplante Gesetzgebung sieht obligatorische Bildung von Betriebsräten vor

Die norwegische sozialdemokratische Regierung hat vorigen Monat dem Parlament eine Reihe von Gesetzesvorlagen unterbreitet, die eine aktivere Beteiligung der Arbeitnehmer an der Leitung ihrer Firmen vorsehen. Dieser Regierungsplan wurde erstmalig von Arbeitsminister Odvar Nordli auf einer kürzlichen Konferenz von Vertretern der Regierung und Gewerkschaftsfunktionäre verlautbart. Gemäss der Gesetzesvorlage werden alle Unternehmen mit mehr als 200 Arbeitnehmern verpflichtet sein Betriebsräte zu bilden, in denen die Vertreter der Arbeitnehmer über ein Drittel aller Sitze verfügen.

Diese Betriebsräte werden nicht nur die Direktoren der Unternehmen wählen, sondern auch an allen wichtigen die Politik des Unternehmens betreffenden Beschlüssen beteiligt sein und die endgültige Entscheidung über grössere Investitionen sowie beachtliche Änderungen des Personalbestandes fällen. Sie werden im Rahmen einer geheimen Urabstimmung gewählt und aus mindestens 12 Mitgliedern bestehen. Im Falle von Unternehmen, mit mehr als 50, aber weniger als 200 Arbeitnehmer schlägt die Regierung vor, dass die Arbeitnehmer das Recht haben sollten, ein Drittel (aber auf keinen Fall weniger als zwei) der Direktoren ihrer Firma zu bestimmen.

Der Präsident des Norwegischen Gewerkschaftsbundes, Thor Aspengren, hat in einer Presseerklärung die Pläne der Regierung willkommen geheissen, da sie den Forderungen auf grössere Mitsprache und Mitbestimmung entgegenkommen.

Schiedsgericht wird über Lohnforderung des norwegischen FS-Kontrollpersonals entscheiden

Eine Lohnforderung des norwegischen FS-Kontrollpersonals soll nunmehr einer 5-köpfigen Schiedskommission unterbreitet werden, da sich die Regierung infolge einer Streikdrohung der zuständigen Gewerkschaft bereit erklärt hat, einen neutralen Vorsitzenden für diese Kommission zu nennen. Das bisherige Angebot der Arbeitgeber auf Erhöhung der Gehälter um 8,4% wurde von der Gewerkschaft des FS-Kontrollpersonals abgelehnt.

USA

Beachtliche Lohnerhöhung für Eisenbahn-Werkstättenpersonal

Vier amerikanische Eisenbahnerverbände, die zusammen 90.000 Angehörige des Eisenbahn-Werkstättenpersonals vertreten, haben für diese Personalkategorie einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der 2 1/2 Jahre läuft und folgende Verbesserungen vorsieht: Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Cent pro Stunde rückwirkend ab 1. Januar 1971, zusätzliche 5% ab 1. Oktober 1971 und weitere 5% ab 1. April und 1. Oktober 1972, sowie eine Erhöhung der Stundenlöhne um 25 Cents während der letzten drei Monate beginnend am 1. Oktober 1973. Darüberhinaus wurden die Stundenlöhne der gelernten Facharbeiter um 15 Cent und die der ungelernten Arbeiter um 8 Cent pro Stunde rückwirkend ab 1. Oktober 1971 erhöht. Weitere Verbesserungen bestehen in der Erhöhung der Versicherungsdeckung, des Krankengeldes und der Urlaubszulage.

Die neue Tarifvereinbarung ist von den vier Gewerkschaften (IAM (Mitgliedsverband der ITF), Kesselschmiede, Schlosser und Elektriker) gutgeheissen worden. Die vier Verbände haben nunmehr beantragt, dass die vom Vertrag vorgesehenen Erhöhungen eine Ausnahme von dem zur Zeit in den USA bestehenden Lohnstopp bilden sollten.

Die Einigung über neue Tarifverträge der Klempner, Heizer und Schmierer steht noch aus.

Streik der Hafentarbeiter an der Ost- und Golfküste dauert an

Der Streik der Arbeiter in den Häfen der Atlantik- und Golfküste der USA dauert an. Am drastischsten sind die Auswirkungen des Streiks in New York, wo der Hafen vollkommen geschlossen ist. Die Arbeiter sind Mitglieder des der ITF angeschlossenen Hafentarbeiterverbandes ILA und befinden sich seit dem 1. Oktober im Streik.

PERSONALIEN

Wir beglückwünschen unseren ehemaligen Präsidenten, Hans Düby, zu seiner Wiederwahl als Nationalrat.

Unser neuer Präsident, Fritz Prechtl, ist in den österreichischen Bundesrat gewählt worden. Wir beglückwünschen ihn zu diesem Wahlerfolg.

R. Olavi Railo ist als Nachfolger des Kollegen Einar Ek zum Generalsekretär der Finnischen Vereinigung der Schiffsmaschinisten ernannt worden.

William A. Gill Jr. hat sein Amt als Präsident der Amerikanischen Flugingenieurs-Vereinigung (FEIA) niedergelegt.

Carlos Carstensen, Stellvertretender Kassenwart des Dänischen Seeleuteverbandes, ist am 30. September im Alter von 51 Jahren gestorben.

Viktor Jørgensen ist zum Mitglied des Vorstandes des der ITF angeschlossenen Dänischen Transportarbeiterverbandes (DASF) gewählt worden.

Die der ITF angeschlossene Vereinigung der KLM-Ingenieure hat folgende Amtsträger gewählt: L.F. v. Maanen (Präsident), G.J. Sybring (Vizepräsident), H. v. d. Land (Sekretär), M.F.A. v. Gils (Kassenwart).

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

- | | |
|--|---|
| Technischer Ausschuss der
Flugingenieure | - London, 10. Januar 1972
(provisorisch) |
| Sicherheitsausschuss der
ITF-Sektion Zivilluftfahrt | - London, 11. Januar 1972
(provisorisch) |
| Sektionsausschuss der
Eisenbahner | - Istanbul, 1.-3. März 1972 |

WEITERE INFORMATIONEN UEBER
DIE IN DIESER NUMMER ENTHAL-
TENEN MITTEILUNGEN SIND VOM
SEKRETARIAT AUF ANFRAGE ER-
HAELTLICH.